

In eigener Sache



Thomas Roth

Es tut weh

Wenn man dann mal was mitentscheiden darf, muss man auch schwere Entscheidungen treffen. Das stellen wir Grünen gerade bei den Planungen für die nächsten Jahre fest. Unsere Stadt ist chronisch unterfinanziert.

Damit stehen wir nicht allein. Bis auf nur ganz wenige Ausnahmen haben alle Kommunen in NRW mit ihrer Verantwortung zu kämpfen. Die Zauberformel heißt: Konnexitätsprinzip – Wer bestellt, muss auch zahlen. Also wenn der Bund bestimmte Aufgaben von den Kommunen ausführen lässt, dann muss der Bund das auch zahlen. Oder wenn das Land den Städten und Gemeinden bestimmte Aufgaben zuweist, dann muss das Land das auch bezahlen.

Leider klappt das in der Praxis nicht immer. Und selbst wenn es klappen würde – bezahlen müssen es natürlich trotzdem immer wir Menschen, die hier in diesem Land leben. Das ist das eigentliche Konnexitätsprinzip: Wir BürgerInnen strecken Geld vor für Leistungen, die wir in Anspruch nehmen – seien es KindergärtnerInnen, LehrerInnen, Regenrückhaltebecken, Straßen, Busse, PolizistInnen, Feuerwehr und und und und und.

Und das kostet Geld.

Thomas Roth
Fraktionssprecher



Pulheim muss sparen. Dazu geht es ans Eingemachte

Haushalt

Alles wird teurer

Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen, Reduzierung von Leistungen und und und. Es wird teurer, in Pulheim zu leben. Das muss auch so sein. Denn Pulheim startet jedes Jahr mit einem Minus von 6 Millionen Euro. Wo wird es teurer, wo wird gespart? Hier eine Übersicht.

Im Mai 2015 hatte der Rat der Stadt Pulheim beschlossen, ein umfassendes Projekt zur Haushaltskonsolidierung unter Beteiligung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) durchzuführen. Die Ergebnisse liegen jetzt vor und fließen teilweise schon in den nächsten Doppel-Haushalt 2017/18 ein.

Steuererhöhungen

Sämtliche Steuerarten sollen moderat angehoben werden. Das gilt auch für die Grundsteuer B. Doch der neue Hebesatz liegt immer noch knapp unterhalb des im Rhein-Erft-Kreis geltenden durchschnittlichen Hebesatzes. Die Erhöhung bringt der Stadt zusätzliche Einnahmen von knapp 2,9 Mio. Euro jährlich. Auch die Gewerbesteuer und die Hundesteuer werden angehoben und bringen zusätzliche 1,9 Millionen Euro Einnahmen. Auch eine sogenannte Sexsteuer soll eingeführt werden.

Gebührenerhöhungen

Die Elternbeiträge in der Kinderbetreuung sollen in den oberen Einkommensklassen weiter differenziert werden. Hierdurch soll eine moderate Reduzierung des städtischen Eigenanteils von derzeit 192.000 Euro erreicht werden. Außerdem wird darüber nachgedacht, für die Betreuung der Unter-3-Jährigen gesonderte Beiträge einzuführen, weil der Aufwand in dieser Altersgruppe besonders hoch ist. Die Parkgebühren sollen

leicht angehoben werden (10 Cent je 10 Minuten statt bisher 10 Cent je 12 Minuten). Außerdem werden die Flächen überprüft, die bewirtschaftet werden.

Grundstückspreise

Künftig wird die Stadt beim Verkauf städtischer Grundstücke höhere Kaufpreise nehmen. Die Preise werden um 10 Prozent erhöht. Wie hoch hierdurch zusätzliche Einnahmen der Stadt sein werden, lässt sich nicht prognostizieren.

Organisatorische Veränderungen

Die Hausmeisterdienste für die Schulen und Kindertagesstätten sollen zentralisiert werden. Dadurch ergeben sich mittelfristig Einsparungen von 225.000 Euro. Durch Einführung der e-Akte innerhalb der Verwaltung und durch Ausweitung des Dokument-Managementsystems (DMS) soll es langfristig zu jährlichen Einsparungen von fast 1 Millionen Euro kommen.

Mittelfristig soll es zu weiteren Einsparungen in fünfstelliger Höhe kommen, wenn der papierlose Sitzungsdienst eingeführt ist. Einsparungen lassen sich auch durch die Reduzierung der Zahl der Ausschussmitglieder erzielen. Diese lässt sich aber erst nach der nächsten Wahl im Jahr 2020 realisieren.

Kreisumlage

Es gibt schon länger Diskussionen im Kreis, die Kreisumlage zu senken. Der Landrat hat im Oktober eine sehr deutliche Reduzierung angekündigt, was für Pulheim im Jahr 2017 eine geringere Belastung von knapp 1,7 Millionen Euro bedeuten wird.

Nettoneuverschuldung

Die Netto neuverschuldungsgrenze wird in den nächsten Jahren eingehalten.

Aus dem Inhalt

Haushalt: Alles wird teurer → S. 1

Bildung: Gute Schule 2020 → S. 1

Friedhofskonzept: Die neuen Pläne → S. 2

Elektromobilität: Interview mit Martin Hennig → S. 2

Klimaschutzkonzept: Bürgerbeteiligung gestartet → S. 3

Ökostrom: Gut und günstig → S. 3

Landtagswahl: Anja von Marenholtz sichert sich guten Listenplatz → S. 3

Integration: Pulheim hat viel geschafft → S. 4

Regionalplanänderung: Preiswerter Wohnraum gefordert → S. 4

Urwahl: Die Basis ist der Boss → S. 4

Feinstaubmessungen



Erste Messergebnisse liegen vor

Lange hat es gedauert. Doch nun endlich steht die Messstation in Stommel. Sie wird u.a. Schwebstaub PM10 und PM2,5 Metalle wie Blei oder Arsen im PM10 sowie gasförmiges Quecksilber messen.

Nun sind die ersten Messergebnisse auf der Homepage der Stadt Pulheim veröffentlicht (www.pulheim.de) und werden jeden Monat um aktuelle Messwerte ergänzt.

Besuchen Sie die nächste Ratssitzung am Dienstag, → 20.12.2016, 16 Uhr
Adresse: Rathaus, Alte Kölner Straße 26, Pulheim.

Gesamtschule

„Gute Schule 2020“: 2,835 Millionen Euro für Investitionen in Schulen in Pulheim

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erhalten eine Rekordzuweisung über das Gemeindefinanzierungsgesetz, eine Beteiligung an den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer und nun die Investitionsoffensive in Höhe von zwei Milliarden Euro:

Die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat die finanzielle Situation der Kommunen seit der Regierungsübernahme deutlich verbessert.

Jetzt steht fest, wieviel Geld Pulheim aus dem von SPD- und GRÜNEN-Landtagsfraktion initiierten kommunalen Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ erhalten wird. Pulheim kann mit 2,835 Millionen Euro (verteilt auf vier Jahre) rechnen, um Schulgebäude instand zu setzen, Sporthallen zu sanieren oder die digitale Infrastruktur der Schulen zu verbessern. Angesichts der dringend notwendigen Sanierungen und des Bedarfs bei der digitalen Ausstattung unserer Schulen, freuen wir

uns sehr über diese Initiative aus Düsseldorf. Dass kein kommunaler Eigenanteil notwendig ist, um die Mittel zu erhalten, ist ein weiterer Vorteil des Programms.

Die GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Pulheim wird die Verwaltung daher auffordern, die Mittel so schnell wie möglich abzurufen und alsbald ein Konzept für die Investitionen vorzulegen. Es bleibt abzuwarten, ob die Verwaltung die Mittel zeitnah abrufen kann.



Foto: Anselm Jungeblodt

GRÜNE Fraktion will Mittel aus der Investitionsoffensive des Landes schnell abrufen

Friedhofskonzept



Foto: A. Jungblaut

Über das neue Friedhofskonzept wurde 2 Jahre diskutiert.

Das neue Friedhofskonzept

Nach vielen und langen Diskussionen wurde Mitte November vom Stadtrat das neue Friedhofskonzept beschlossen. Rat und Verwaltung haben viele Anregungen und Änderungswünsche aus der Bevölkerung aufgenommen.

Das Konzept sollte ursprünglich im Herbst 2014 verabschiedet werden. Doch eine Mehrheit im Rat verhinderte das und forderte die Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen und Institutionen. Hier wurde in den letzten beiden Jahren intensiv nachgebessert. So wurden z.B. die Kirchenverbände und die Bestattungsunternehmer aufgefordert, sich mit Änderungswünschen einzubringen. Außerdem fanden in Pulheim, Stommeln, Brauweiler, Sinnersdorf und Geyen/Sinthern teilweise sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen statt.

Die intensive Bürgerbeteiligung hat Früchte getragen. So steht jetzt fest, dass kein Friedhof mehr geschlossen wird. Das war aber in der Planung 2014 noch vorgesehen. Weiterhin steht fest, dass es auf fast allen Friedhöfen Flächen geben wird, die als Friedhofsflächen auslaufen. Sie werden in den nächsten 20 – 40 Jahren nicht mehr als Friedhof benötigt. Erst später wird entschieden, was mit auslaufenden Flächen geschieht. Hier soll es aber nicht zu Zwangsumbettungen kommen. Im Gegenteil ist es zulässig, dass Ehe- oder Lebenspartner, Eltern oder Kinder von Verstorbenen hier weiter bestattet werden.

Der geringere Flächenbedarf ist darauf zurück zu führen, dass die früheren klassischen Grabstellen immer seltener werden. Stattdessen suchen die Menschen immer häufiger Bestattungsformen, die deutlich weniger Platz benötigen, wie z.B. die Urnenbestattung.

Das Konzept lässt neue Arten von Grabstätten zu wie z.B. Kolumbarien, Urnenstelenanlagen, Rasengräber, Beisetzungsgrärten oder pflegefreie Gräber für Sternenkinder.

Schließlich werden alle vorhandenen Trauerhallen dauerhaft erhalten bleiben.

Anzeige



THOMAS ROTH

Rechtsanwälte

Ihre Partner für Ihr gutes Recht ...

- Thomas Roth** Rechtsanwalt Familienrecht, Mietrecht, Verwaltungsrecht
- Dr. Ute Ploch-Kumpf** Rechtsanwältin* Erbrecht
- Sylvie Chada M.A.** Rechtsanwältin* Strafrecht, Sozialrecht, Ausländerrecht
- Antje Müller** Rechtsanwältin* Arbeitsrecht
- Andrea Heinrichs** Rechtsanwältin* Schadensersatz, Medizinrecht

Hauptstrasse 42, 50259 Pulheim-Stommeln
Tel. 02238 / 92 29 80, Fax 02238 / 92 29 81
www.kanzlei-roth-partner.de, info@kanzlei-roth-partner.de
Zweigstelle Köln: Gustav-Heinemann-Ufer 56, 50968 Köln
Tel. 0221 / 340 29-180, Fax 0221 / 340 29-444

*Freie Mitarbeiterin

Interview

Elektromobilität – Es kommt noch viel Arbeit auf Automobilhersteller und Politik zu

Ford ist der zentrale Arbeitgeber in der Automobilbranche im Rheinland. Doch die Branche befindet sich nicht nur wegen des Dieselskandals im Umbruch. Wir haben mit Martin Hennig, dem Betriebsratsvorsitzenden von Ford, gesprochen.

Grünzeug (GZ): Welche Forderungen ergeben sich aus dem Klimaabkommen von Paris an die Autoindustrie?

Martin Hennig (MH): Aus meiner Sicht ergeben sich aus dem Klimaabkommen von Paris zunächst Forderungen an die Politik. Das Ziel CO₂-Neutralität bedeutet, dass der Fahrzeugbestand in der Bundesrepublik von 45 Millionen Fahrzeugen in Deutschland erneuert werden müsste. Die zur Zeit noch gültigen Flottenziele und Vorgaben der EU sind aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

GZ: Ist die Umstellung auf Elektroautos sinnvoll?

MH: Sieht man sich das Ziel CO₂-Neutralität an, so ist das Ziel zur Zeit kaum anders als durch E-Mobilität zu erreichen.

Andere Ideen wie z.B. eine Wasserstoffwirtschaft sind bisher reine Gedankenmodelle

GZ: Können wir in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auf E-Mobilität umstellen?

MH: Das hängt viel von Vorgaben ab. Dabei geht es um Batteriezellenfertigung, um Ladesäulen und darum, wer diese betreibt. Der Weg ist also noch lang und lange noch nicht klar.

GZ: Wie schätzt Ford das Ziel ein, ab 2030 nur noch Autos mit E-Motor zuzulassen?

MH: Aktuell hat dies, so glaube ich, noch kein Hersteller tatsächlich als Vorgabe in der Kalkulation. Es ist eher ein Schreckgespenst, das die worst-case-Betrachtung darstellt. Würde die Vorgabe tatsächlich erlassen werden, würde dies quasi bedeuten, dass man die Entwicklungszentren auf links zieht und gravierend kurzfristig umstrukturieren müsste. Gleiches würde für Motoren- und Getriebewerke gelten, deren Fertigung dann enden und der Ausstieg zu planen wäre.

GZ: Ist Ford auf das Ziel der Norweger vorbereitet, dass dort schon ab 2020 nur noch Elektroautos zugelassen werden?

MH: Norwegen hat nach meinem Kenntnisstand in seinem „National Transport Plan“ das Jahr 2025 für den Verbot von Verbrennungsmotoren in der Überlegung. Mit ca. 150.000 Fahrzeugen pro Jahr ist der norwegische Markt eher klein. Von daher wäre das noch zu schaffen. Schlimmer wäre es, wenn Norwegen als Vorbild dienen könnte und andere Staaten mit höheren Fahrzeugvolumen mitziehen würden. Dann hätten aber alle Automobilhersteller ein Problem!

GZ: Welche Auswirkungen hat das für die Beschäftigten?

MH: Das beginnt bereits in der Entwicklung und betrifft dort die Elektroingenieure im positiven Sinne und wird den Maschi-



Martin Hennig, Betriebsratsvorsitzender der Ford-Werke GmbH (Foto: privat)



Foto: Stadtwerke Pulheim

Nicht nur Zweiräder werden elektrisch. Auch die Automobilindustrie wird sich umstellen müssen.

nenbauer im negativen Sinne betreffen. Es wird aber auch einen deutlich höheren Bedarf an Informatikern geben, denn das Elektroauto ist digital. Große Veränderungen wird es im Bereich der Fertigung von Motoren und Getrieben geben. Es wird stärker um Mechatroniker mit elektrotechnischen Grundkenntnissen gehen. Die gesamte Wertschöpfungskette wird also verändert, beginnend von der Entwicklung bis hin zur Produktion.

GZ: Wird Ford hier neue Geschäftsfelder erschließen?

MH: Im Idealfall wird dieser Prozess in einer Geschwindigkeit verlaufen, dass uns hier der demografische Wandel einen Großteil der Problematik abnehmen könnte. Eins ist aber heute schon klar: Die E-Mobilität wird Arbeitsplätze in der Automobilindustrie vernichten. Neue Geschäftsfelder im Energiesektor wird es nach meiner Kenntnis bei Ford nicht geben. Es wird aber neue Geschäftsfelder im Bereich der Mobilität geben.

GZ: Denkt Ford Elektromobilität über den PKW hinaus?

MH: Ja, sowohl im Bereich von e-Bikes als auch im Bereich der Kleintransporter-Logistik. Es geht hier auch um Konzepte, wie die sogenannte letzte Meile, also den Weg vom Auto über ein elektrisches Verkehrsmittel bis zum eigentlichen Zielpunkt. Exakte Zeitpläne existieren noch nicht.

Es gibt weltweit 26 Pilotprojekte zur Mobilität. Deutschland ist hierzu als Testfeld jedoch häufig nicht geeignet, da die Regulierung des Personenförderungsgesetzes viele Mobilitätsmodelle nicht zulässt. Auch hier ist wieder die Politik gefragt.

Martin Hennig zur Person:

Martin Hennig ist 57 Jahre alt und arbeitet seit 41 Jahren bei Ford. Er hat mit der Ausbildung zum Werkzeugmacher bei Ford begonnen, ist seit 1982 Betriebsrat und seit Januar 2013 Betriebsratsvorsitzender sowie Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Euro-Betriebsratsvorsitzender.

Ökostrom

Gut, aber nicht teuer: Umstieg auf Ökostrom beschlossen

Die Stadt Pulheim wird ab dem Jahr 2017 ihre Gebäude mit Ökostrom versorgen. Die Verwaltung hat mitgeteilt, dass mit dem Wechsel keine Mehrkosten verbunden sind.

Hatte die Stadt im Jahr 2015 noch Stromkosten von 1,6 Mio. Euro für den Bezug von „Normal“-Strom, so wird sie nach dem Ergebnis der Ausschreibung auch im Jahr 2017 nur 1,6 Mio. Euro Stromkosten bezahlen, dann aber für den Bezug von Ökostrom. Natürlich nur, wenn die Stadt genau so viel Strom verbraucht wie im Jahr 2015.

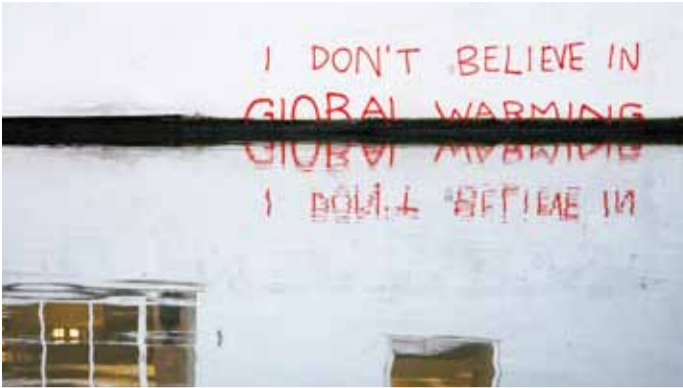
„Wir sind sehr stolz, dass wir uns nach jahrelangem Kampf endlich durchsetzen konnten“, freut sich Thomas Roth, Fraktionssprecher der Pulheimer Grünen. Denn viele hatten befürchtet, dass der Umstieg auf Ökostrom den Steuerzahler viel Geld kosten würde - Kritiker sprachen von bis zu 360.000 Euro jährlich. Sie wurden nun eines Besseren belehrt.



Ökostrom muss nicht teurer als herkömmlicher Strom sein.

Auch der weitere Bezug von Normalstrom wäre für die Stadt nicht preiswerter geworden. Die mögliche Kostenersparnis bewertete Kämmerer Jens Batist mit maximal 0,1 Prozent.

Klimaschutzkonzept Pulheim



Globale Erwärmung – alles eine Frage des Glaubens?

Klimaschutzkonzept Pulheim: Maßnahmenkatalog wird erarbeitet

Der Auftrag zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes ist vergeben und der Klimabeirat hat am 27. Oktober 2016 das erste Mal getagt. Dabei wurden wichtige Rahmenbedingungen vereinbart. Hierzu gehören die Zielsetzungen und Inhalte, Projektorganisation und natürlich der Projektzeitplan. Unterstützt wird dabei die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes von einer externen Firma.

Themenschwerpunkte

Ziel des integrierten Klimaschutzkonzeptes ist es, die bisher durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen zu systematisieren und einen umsetzbaren Maßnahmenkatalog zur Reduzierung von CO₂- und weiteren Treibhausgasemissionen zu erstellen. Das Konzept orientiert sich dabei an der Erreichung der nationalen Klimaziele und damit an der Notwendigkeit, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren.

Fünf Handlungsfelder wurden hierfür ausgewählt:

- Kommunales Flächenmanagement mit den Bereichen Stadtentwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien wie Photovoltaik und Geothermie
- Private Haushalte mit den Bereichen energieeffizientes Bauen und Sanieren, Kommunikation und Bildung, Mobilität und Einsatz erneuerbarer Energien
- Mobilität mit den Bereichen öffentlicher Personennahverkehr, schienengebundener Personennahverkehr, Rad- und Fußverkehr, Mobilitätsmanagement und kommunale Flotte
- Unternehmen mit dem Handlungsbereich Energieeffizienz im Unternehmen
- Öffentlichkeits- und Akteursgewinnung

Projektzeitplan

Für die Erarbeitung des gesamten Konzeptes ist gerade mal ein Jahr vorgesehen. In den ersten zwei Monaten bis Ende November 2016 liegt dabei der Schwerpunkt auf der Grundlagenarbeit wie der Erstellung von Bilanzen, Potentialanalysen und Szenarien. Parallel hierzu finden bis Ende März 2017 die Beteiligung der Akteure und die Entwicklung von Maßnahmen statt. Danach werden bis Mitte Juni 2017 die Maßnahmen konkretisiert sowie Umsetzungs-, Controlling- und Kommunikationsstrategien entwickelt. Der Abschlussbericht wird dann im Juli 2017 in den Fachausschüssen und im Rat diskutiert und natürlich in einer Abschlussveranstaltung vorgestellt.

Ansprechpartner bei der Stadt Pulheim für Fragen und Anregungen:

Kai Egert,
Tel.: 02238-808 468, E-Mail: kai.egert@pulheim.de,
Rathaus Zimmer 2.25

Anzeige

EINE TÜTE BUNTES
DEIN STOFFHÄNDLER IN PULHEIM
Du findest uns auf der Escher Str. 95 in Pulheim
Mo + Mi + Do von 9-14Uhr und Di ab 20Uhr
oder nach Vereinbarung unter 02238-540 979 4 oder 0163-481 857 1
www.facebook.de/EineTüteBuntes

Landtagswahl



Anja von Marenholtz kurz nach der Verkündung des Ergebnisses zu ihrem Listenplatz

Anja von Marenholtz sichert sich Listenplatz 33 für die Landtagswahl 2017

Die Freude bei den Pulheimer Grünen war sehr groß, als das Ergebnis nach der Wahl der Listenplätze auf der Landesdelegiertenkonferenz feststand: Anja von Marenholtz, Stadtverbandssprecherin und stellvertretende Fraktionssprecherin der Pulheimer Grünen, konnte sich auf Listenplatz 33 positionieren und belegt damit einen Platz, der bei der letzten Wahl erfolgreich in den Landtag einziehen konnte.

Mit Herz, Verstand und einer umfassenden Sachkenntnis konnte sie die Mitglieder der LDK von ihren politischen Ideen und Visionen überzeugen. Dabei bewies sie einmal mehr einen ganzheitlichen Blick auf die Themen, für die sie 2017 in den Landtag in Düsseldorf einziehen möchte.

Ihr thematisches „Steckenpferd“ ist die Bildungspolitik, in der sie sich schon heute im Rat der Stadt Pulheim erfolgreich engagiert. Angefangen bei den Kitas über Inklusion bis hin zu

OGS und der Schulzeitverkürzung durch G8: Um eine ganzheitliche Bildung für alle Menschen zu gewährleisten, fordert Anja von Marenholtz vor allem mehr Unterstützung für die Kommunen, um entsprechende Bildungsangebote auch umsetzen zu können.

Außer der Bildungspolitik liegt der Kandidatin aber noch ein anderes lokales Thema am Herzen: Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle im rheinischen Revier sowie dessen Gestaltung nach dem Ausstieg.

Auch gegen die rechte Szene sowie die rechtspopulistische AfD positioniert sich Anja von Marenholtz. Sie fordert ganz klar, dass die Grünen ein noch stärkeres Zeichen setzen für „eine Gesellschaft, die Gleichberechtigung lebt und Abhängigkeiten verhindert“. Das Grüne Team wird Anja von Marenholtz bei ihrer Kandidatur mit ganzer Kraft unterstützen.

Schulen

Studien einer Machbarkeit – Teil II: Das Brauweiler Schulzentrum

Das Schulzentrum in Brauweiler ist zu klein für das Gymnasium und die Gesamtschule. Rund 3000 Quadratmeter fehlen. Die Stadt gab im Frühjahr ein Gutachten in Auftrag, wie und wo weitere Flächen für die Schulen entstehen könnten.

Das Ergebnis beinhaltet nicht nur die Flächen für Klassenräume, sondern auch die gewünschten Umbauten für die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte. Die Schulen haben ihre Ideen, wie eine moderne Schule aussehen soll, klar aufgezeigt. Damit hatte niemand in diesem Ausmaß gerechnet. Hatte die Stadt sich doch auf diesen Standort geeinigt, weil ein externer Berater seinerzeit auskömmliche Flächen an dem Schulzentrum errechnet hatte.

Für die Schaffung der benötigten Flächen ist ein Anbau vorgeschlagen, der nach Schätzung der neuen Gutachter etwa 11,9 Millionen Euro kosten würde. Für Umbauten zur Umsetzung der pädagogischen Konzepte werden weitere fünf Millionen Euro genannt. Des Weiteren werden Kosten für diverse kleinere Teilprojekte beziffert, so dass eine Gesamtkosten-schätzung von bis zu zwanzig Millionen Euro im Raum steht.

Es sind viele Fragen zu klären. Wie kann der Ausbau erfolgen und wann? Welche Prioritäten haben die einzelnen Abschnitte? Und vor allem: Wie kann das Projekt finanziert werden?

Beeinflusst werden diese Überlegungen auch von weiteren Faktoren. Hier sind zukünftige Schülerzahlen zu berücksichtigen, Schulwahlverhalten, Schulneugründungen in angrenzenden Kommunen, aber auch die erwartete Entscheidung des Landtags über eine mögliche Rückkehr zu G9. Fakt ist, dass die Stadt als Schulträger für die benötigten Klassenräume und die entsprechende Einrichtung zu sorgen hat. Spätestens, wenn die Gesamtschule in die Oberstufe geht (Schuljahr 20/21), müssen neue Räume zur Verfügung stehen.

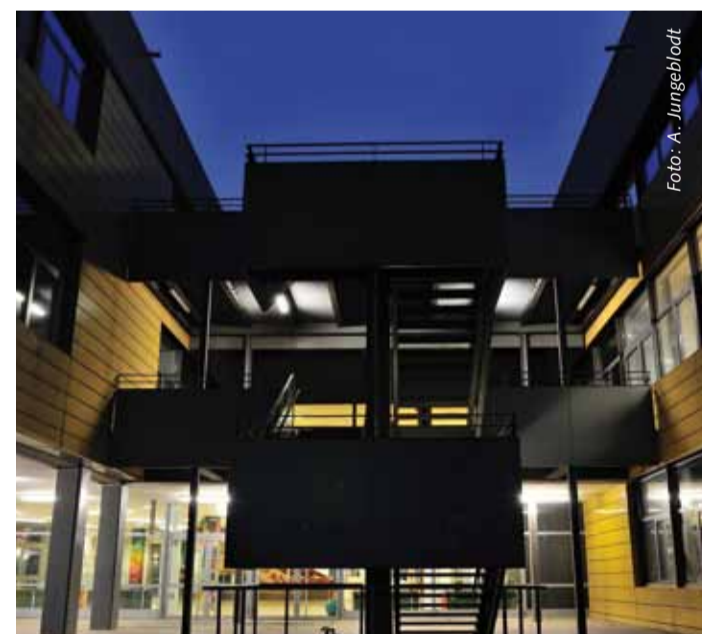


Foto: A. Jungeblodt

Das Schulzentrum in Brauweiler

Um hier mit konkreteren Daten arbeiten zu können, sind bereits der neue Schulentwicklungsplan und die Schulbaurichtlinie in Auftrag gegeben worden, deren Ergebnisse zeitnah erwartet werden.

Weiter kann man nur gemeinsam denken. Die im Rat vertretenen Fraktionen haben sich darauf verständigt, über ein breit aufgestelltes Gremium eine Strategie zu erarbeiten. Und das ist auch gut so!

Anzeige



CLEAN HAUS
Rohr- und Kanalreinigung GmbH

Telefon 02238-30 80 98
www.cleanhaus.eu

Integration



Tolle Stimmung beim Fest in der Pogo, das die Flüchtlinge am 17. September 2016 ausrichteten.

Pulheim hat viel geschafft

Wie viele andere Veranstaltungen in Pulheim hat auch das Begegnungsfest in der Pogo deutlich gemacht: Die Flüchtlinge sind längst keine Fremden mehr, sondern haben hier eine Heimat und Freunde gefunden. Im vergangenen Jahr hat Pulheim viel geschafft.

Die Turnhallen sind wieder frei und durch zusätzliche Container ist es gelungen, alle Menschen relativ gut unterzubringen. Personal in der Verwaltung wurde eingestellt und kürzlich auch ein Sozialarbeiter. Die Integrationskurse laufen, alle Kinder sind in Kindergarten oder Schule gut untergebracht. Dafür ein ganz dickes Lob an alle MitarbeiterInnen der Stadt, die viele Überstunden geleistet haben und oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen sind.

Ein besonderer Dank gilt auch allen ehrenamtlichen HelferInnen, die im gesamten Stadtgebiet dazu beigetragen, dass es Pulheim geschafft hat. Begegnungsangebote, Sprachkurse, Begleitung zu Behörden, der gemeinsame Besuch von Festen oder eines Fußballspiels sind nur einige Beispiele.

Ein großes Problem ist immer noch die Wohnungssuche, was daran liegt, dass es im Kölner Raum und auch in Pulheim nicht genügend bezahlbare Wohnungen gibt. Das wird die Aufgabe für uns alle in den kommenden Jahren sein.

Ein guter Anfang ist bei der Eingliederung ins Berufsleben gemacht. Eine Gruppe Ehrenamtlicher ist zur Zeit damit beschäftigt, schulische und berufliche Voraussetzungen der Neubürger zu sichten, um sie dann in Praktika oder Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Die Pulheimer Firmen zeigen eine große Bereitschaft, hier ihren Beitrag zu leisten.

Voraussetzung sind natürlich gute Deutschkenntnisse und ein sicherer Aufenthaltsstatus. Wer noch mithelfen will, kann sich unter www.hilfe-pulheim.de informieren und einbringen. Hier wird nicht nur Flüchtlingen, sondern allen Pulheimern geholfen, die Unterstützung in irgendeiner Form brauchen. Wer Wohnraum zur Verfügung stellen kann, ist dort auch an der richtigen Adresse. Die PulheimerInnen können stolz auf sich sein: Auch wenn manches schwierig war und auch in Zukunft nicht alles perfekt laufen wird: Klar, wir schaffen das!

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Stadtverband Pulheim, c/o Roßackerweg 27, 50259 Pulheim. **Redaktion:** Thomas Roth, Klaus Groth, Anja von Marenholtz, Anselm Jungeblodt, Janka Wyssada, Renate Thiel. **Gestaltung:** Th. Graf-Luxen, Köln, info@graf-luxen.de. **Druck:** Caritas Wertarbeit, Heinrich-Rohmann-Str. 13, 50829 Köln. **Auflage:** 25.000 Exempl., Namentl. gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Spendenkonto:** Volksbank Erft eG, IBAN DE41 3706 9252 6403 4490 30

Urwahl

Die Basis ist der Boss

Unsere Mitglieder entscheiden, wer unser Spitzenduo für die Bundestagswahl 2017 wird. 2012 erstmals durchgeführt, ist die Grüne Urwahl bereits eine Erfolgsgeschichte grüner Basisdemokratie. Was keine andere Partei in Deutschland wagt, wiederholen wir: Bei der Grünen Urwahl können alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Spitzenduo für die Bundestagswahl 2017 wählen.

Gewählt werden zwei Spitzenkandidat/innen, darunter muss mindestens eine Frau sein. Wir haben die Grüne Urwahl auf dem Länderrat am 10. September 2016 in Berlin gestartet. Bis zum 17. Oktober 2016 konnten sich alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als grünes Gesicht für die Bundestagswahl 2017 bewerben, sofern sie als Direktkandidatin oder Listenkandidat für die Bundestagswahl aufgestellt wurden oder ein Votum von einem Kreis- oder Landesverband haben. Daher stehen jetzt zur Wahl: Anton Hofreiter, Cem Özdemir, Katrin Göring-Eckardt und Robert Habeck.

Bis Weihnachten stellen sich alle Kandidierenden auf Urwahlforen in ganz Deutschland vor, darunter auch auf dem Bundesparteitag in Münster im November 2016. Die Wahlunterlagen werden Anfang Dezember 2016 an alle Mitglieder geschickt, die bis zum 1. November 2016 Mitglied geworden



Diese Vier stellen sich zur Wahl: Anton Hofreiter, Cem Özdemir, Katrin Göring-Eckardt, Robert Habeck (v.l.n.r.)

sind. Einsendeschluss ist der 13. Januar 2017. Das Ergebnis wird im Januar 2017 verkündet werden.

Mehr Infos zur Urwahl und den Kandidaten:
<http://www.gruene.de/ueber-uns/2016/gruene-urwahl-die-mitglieder-entscheiden.html>

Regionalplanänderung in Vorbereitung

Preiswerter Wohnraum – und Landschaftsschutz

Der Regionalplan stellt die Verbindung zwischen der Landesplanung und der kommunalen Bauleitplanung dar. Alle 15 bis 20 Jahre erfolgt hier eine Anpassung. Dabei sollen die natürlichen Lebensgrundlagen der Region geschützt werden und genügend Spielraum für Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum Berücksichtigung finden. Eine Herausforderung für die Grünen, da sowohl ein sparsamer Umgang mit wertvollen Böden als auch die Versorgung mit preiswertem Wohnraum zu den politischen Zielen gehören.

Ausgangslage

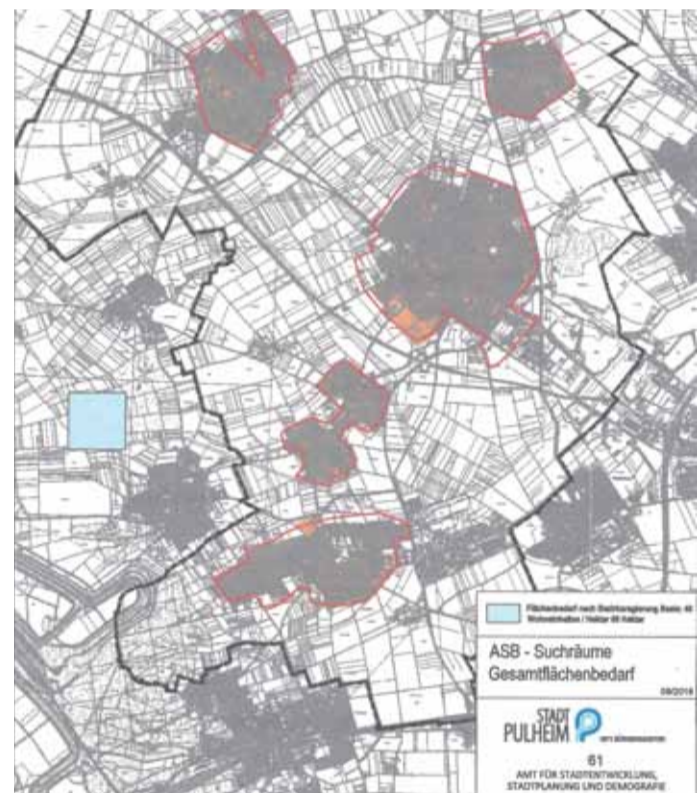
Die zentrale Aufgabe bei der Regionalplananpassung ist die Anpassung der Flächen für zukünftige Siedlungsentwicklungen. Um dies mit größter Genauigkeit durchführen zu können werden die Bevölkerungsprognosen für die nächsten 20 Jahre herangezogen. Das Institut IT.NRW prognostiziert – ohne die Flüchtlingszuwanderung – für Pulheim ein Wachstum um etwa 3000 Personen auf ca. 56.500 EinwohnerInnen.

Nächste Schritte

Um den zusätzlichem Siedlungsraum im Stadtgebiet zu identifizieren, wurden um die großen Orte Pulheim, Stommeln und Brauweiler/Dansweiler Suchräume gebildet. Die kleineren Ortsteile Geyen, Sinthern und Manstedten wurden auf Grund eines Ratsbeschlusses außen vor gelassen. Bei der Auswahl der Flächen sind nun Kriterien wie Verkehrsanbindung, Entwässerung, Infrastruktur im Ortsteil und schützenswerte Landschaften zu berücksichtigen. Erste Vorschläge sollen von der Verwaltung für die Planungsausschusssitzung im Dezember erarbeitet werden.

Möglicher Kompromiss

Natürlich kann die einfache Hochrechnung des Flächenbedarfes – die Verwaltung kommt hier auf 69 Hektar – auf Basis der bisher praktizierten Pulheimer Einfamilienhausmodells nicht so fortgesetzt werden. Hier müssen kreative andere Lösungen mit hohem Wohnwert gefunden werden. Auch eine bedarfsgerechte Berücksichtigung von preiswerterem Wohnraum muss hier zwingend stattfinden. Eine bessere Anbindung mit öffentlichem Personennahverkehr ist fast schon selbstverständlich. Für Brauweiler bedeutet dies vernünftigerweise die Verlängerung einer Straßenbahnlinie. Dabei könnte es sich um die KVB-Linien 3 oder 4 oder um die KVB-Linie 1 handeln.



Der bis 2016 geltende Regionalplan – Rot umrandet sind die Bereiche, die bisher besiedelt werden dürfen. (Ausschnitt)

Was ist der Regionalplan?

Der Regionalplan ist die Schnittstelle zwischen den Planungen auf Landesebene (Landesentwicklungsplan) und auf städtischer Ebene (Flächennutzungsplan und den hieraus entwickelten Bebauungsplänen). Die Regionalplanung befasst sich dabei mit folgenden Themenfeldern:

- Steuerung der Siedlungs- und Freiraumentwicklung
- Großflächige Einzelhandelsentwicklungen
- Standortvorsorge technischer Infrastruktur
- Raumsprüche erneuerbarer Energien
- Rohstoffsicherung
- Gewässer- und vorbeugender Hochwasserschutz

Quelle: Bezirksregierung Köln

Besser grün werden als sich schwarz ärgern!

Ja, ich möchte Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden!

Senden Sie mir die notwendigen Unterlagen an meine Adresse!

Vorname _____ Name _____

Straße/Nr. _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Roßackerweg 27, 50259 Pulheim

Die Daten werden ausschließlich zur Zusendung der Mitgliedsantragunterlagen verwendet. Die obige Bekundung stellt noch keine Erklärung der Mitgliedschaft dar.